

## Einstellungen zur Maskenpflicht: Ein Update

- 45 Prozent der Befragten befürworteten im Oktober 2022 eine Maskenpflicht in Geschäften und öffentlichen Verkehrsmitteln; 51 Prozent sind dagegen.
- Gegenüber dem letzten vorliegenden Messzeitpunkt im Mai 2022, der einen historischen Tiefstand im Pandemie-Kontext darstellte, ist damit die Zustimmung zur Maskenpflicht nur unwesentlich gestiegen (+ 1 Prozentpunkt).
- Im Vergleich zur Messung im Vorjahr Oktober 2021 hat die Zustimmung zur Maskenpflicht deutlich abgenommen.

Von [Florian Holl](#), [Jakob-Moritz Eberl](#) und [Julia Partheymüller](#)

Das Tragen von Schutzmasken zum Infektionsschutz war im Laufe der Pandemie wiederholt Gegenstand öffentlicher Diskussionen. Zuletzt empfahlen [im Oktober 2022](#) Experten angesichts der herannahenden kalten Jahreszeit, in der die Infektionen in der Regel zunehmen, das Tragen von Schutzmasken – insbesondere in öffentlichen Verkehrsmitteln und in Innenräumen. Zu einer [Wiedereinführung einer Maskenpflicht](#) kam es aber vorerst nicht. Vor diesem Hintergrund beschreibt der Beitrag die Einstellungen der Bevölkerung zu einer Maskenpflicht.

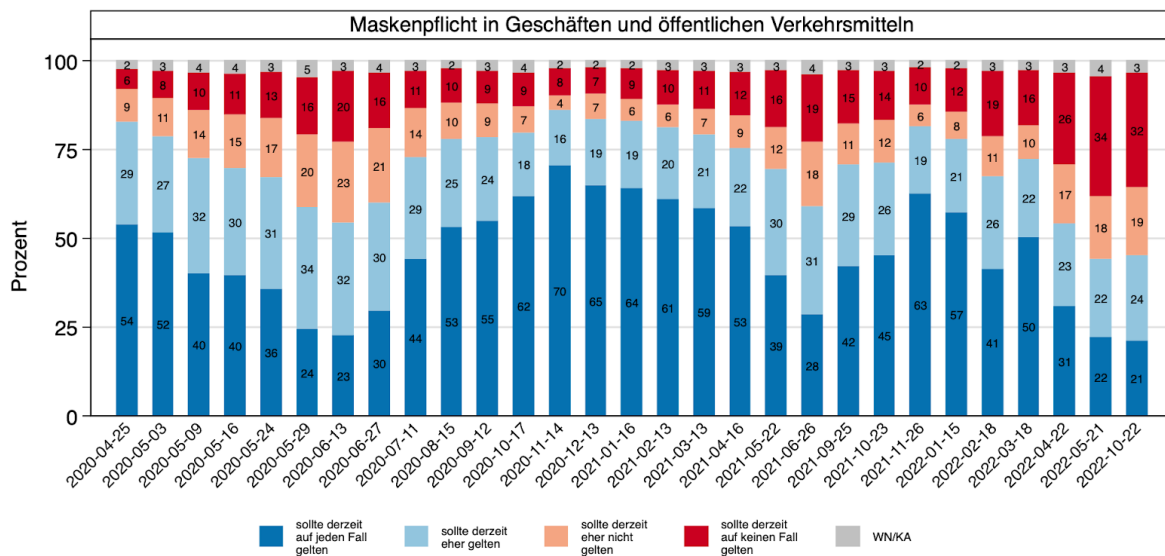


Abbildung 1: Einstellungen zur Maskenpflicht (Daten: ACPP, N=ca. 1500 Personen pro Befragung; Grundgesamtheit: Wohnbevölkerung ab 14 Jahre)

Abbildung 1 zeigt die Zustimmung zu einer Maskenpflicht in Geschäften und öffentlichen Verkehrsmitteln im Zeitverlauf von April 2020 bis Oktober 2022. Man sieht, dass die Zustimmung für diese Maßnahme einen wellenförmigen Verlauf zeigt, der mit der Gefahrenwahrnehmung über denselben Zeitverlauf in Verbindung steht. In den Sommermonaten nahm die Zustimmung für die Maßnahme stets tendenziell ab. Die höchste Zustimmung für eine Maskenpflicht wurde im November 2020 gemessen: 86 Prozent der Befragten befürworteten die Maßnahme zu diesem Zeitpunkt. Auch im April 2020 sowie im November 2021 wurde mit 83 bzw. 82 Prozent eine sehr hohe Zustimmung für die Maskenpflicht gemessen.



Ab März 2022 ging die Zustimmung zu einer Maskenpflicht zurück. Ein historischer Tiefstwert wurde im Mai 2022 gemessen: Nur mehr 44 Prozent befürworteten eine Maskenpflicht zu diesem Zeitpunkt. Erstmals im Pandemieverlauf überwog hier mit 52 Prozent die Ablehnung einer Maskenpflicht in der Bevölkerung. Ab [1. Juni 2022](#) wurde die Maskenpflicht in Supermärkten, Trafiken, Apotheken und öffentlichen Verkehrsmitteln, mit Ausnahme von Wien, ausgesetzt.

Im Oktober 2022 blieb die Zustimmung zur Maskenpflicht trotz zeitweise wieder steigender Infektionszahlen auf ähnlich niedrigem Niveau wie im Mai 2022: 45 Prozent befürworteten die Maskenpflicht; 51 Prozent waren dagegen. Der Unterschied zum Oktober des Vorjahres ist deutlich: Damals hatten 71 Prozent eine Maskenpflicht befürwortet; nur 26 Prozent waren dagegen gewesen. Zu diesem Zeitpunkt galt allerdings Maskenpflicht im Handel, sowohl in [Wien als auch in Salzburg](#); ab 1. November 2021 galt eine generelle Maskenpflicht für öffentliche Innenräume dann auch [bundesweit](#).

Insgesamt zeigt sich derzeit beim Thema Maskenpflicht, die während der Pandemie überwiegend befürwortet wurde, ein gemischtes Stimmungsbild. Das bisher beobachtete wellenförmige Muster der Maßnahmen-Befürwortung lässt darauf schließen, dass bei einer neuerlichen Zuspitzung der gesundheitlichen Gefahrenlage und entsprechenden Signalen seitens der Politik die Zustimmung für eine Maskenpflicht möglicherweise auch wieder ansteigt.

[Florian Holl](#) arbeitet als Studienassistent am Institut für Wirtschaftssoziologie der Universität Wien und ist Teil des Teams des Austrian Corona Panel Project (ACPP). Er studiert im Bachelorstudiengang Politikwissenschaft.

[Jakob-Moritz Eberl](#) arbeitet als Senior Scientist am Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft und ist assoziierter Wissenschaftler im Vienna Center for Electoral Research ([VieCER](#)). Er ist außerdem Mitglied des Projektteams des Austrian Corona Panel Projects ([ACPP](#)) und der Austrian National Election Study ([AUTNES](#)).

[Julia Partheymüller](#) arbeitet als Senior Scientist am Institut für Staatswissenschaft der Universität Wien. Sie ist Mitglied des Vienna Center for Electoral Research ([VieCER](#)) und des Projektteams des Austrian Corona Panel Projects ([ACPP](#)) und der Austrian National Election Study ([AUTNES](#)).